

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/5352 –**

**Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben –  
Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen**

**A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, eine mit den europäischen Partnern abgestimmte Antwort auf das milliardenschwere US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung zu geben.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/5352 abzulehnen.

Berlin, den 24. Mai 2023

**Der Wirtschaftsausschuss**

**Michael Grosse-Brömer**  
Vorsitzender

**Dr. Sandra Detzer**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Sandra Detzer

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/5352** wurde in der 83. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung massive Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien vorsehe. Die gesetzlich vorgesehenen Vergünstigungen würden zum Teil mit dem Erfordernis einer Produktherstellung in Nordamerika verknüpft. Aufgrund explodierender Energiekosten habe die deutsche und europäische Wirtschaft bereits mit einer verschlechterten Wettbewerbssituation gegenüber den Unternehmen in den USA zu kämpfen. Der Investitionsstandort Europa drohe ins Hintertreffen zu geraten. Das US-Gesetz verschärfe diese Situation noch und führe zu Spannungen im transatlantischen Verhältnis. Es würden Wettbewerbsverzerrungen und Verlagerungen von europäischen Industrien in die USA befürchtet. Dabei komme es angesichts der angespannten Konjunkturlage der Weltwirtschaft auf das konstruktive Zusammenwirken von Europa und den USA an. Der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit von Arbeitsplätzen sowie die Innovation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft könnten nur mit massiven Investitionen und einer klugen Infrastrukturpolitik in Deutschland und Europa gelingen. Weiter wird im Antrag der CDU/CSU kritisiert, dass sich die Bundesregierung in die Debatte über den von der EU-Kommission vorgelegten Industriepan für Europa sehr spät eingebracht habe.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, den Dialog mit den USA zu intensivieren, um die handelspolitischen Spannungen abzubauen und einen Subventionswettlauf zu verhindern. Zudem müsse sich gemeinsam mit den europäischen Partnern und der EU-Kommission in Verhandlungen mit der US-Regierung entschieden für eine Gleichbehandlung europäischer Unternehmen eingesetzt werden. Weiter wird gefordert, dass die Handelspolitik als ein wesentliches geopolitisches Gestaltungsinstrument genutzt werde, auch wenn es um den Abschluss neuer Energie- und Rohstoffpartnerschaften gehe. Zudem müssten Innovationen, Klimaschutz und saubere Technologien in Europa gezielter angereizt werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU wird verwiesen.

### III. Öffentliche Anhörung

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner 37. Sitzung am 15. März 2023 beschlossen, eine öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5352 gemeinsam mit der EU-Vorlage KOM(2023)62 endg.; Ratsdok.-Nr. 5933/23 (Ein Industriepan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter) durchzuführen. In seiner 42. Sitzung am 26. April 2023 hat der Wirtschaftsausschuss zudem beschlossen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Deindustrialisierung verhindern – Aktive Industriepolitik für Klima und Beschäftigung als robuste Antwort auf das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation) auf Drucksache 20/6545 in die öffentliche Anhörung einzubeziehen. Der Wirtschaftsausschuss hat die öffentliche Anhörung zu den Anträgen auf Drucksachen 20/5352 und 20/6545 gemeinsam mit der EU-Vorlage auf KOM(2023)62 endg.; Ratsdok.-Nr. 5933/23 in seiner 43. Sitzung am 10. Mai 2023 durchgeführt.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Dr. Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main,

Prof. Dr. Stefan Kooths, Direktor Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel),

Matthias Krämer, Abteilungsleiter Außenwirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI),  
Prof. Dr. Tom Krebs, Ph.D., Professur für VWL, Makroökonomik und Wirtschaftspolitik, Universität Mannheim,  
Prof. Mariana Mazzucato, Ph.D., Professor in the Economics of Innovation & Public Value and Founding Director  
of the UCL Institute for Innovation and Public Purpose (IIPP), University College London (UCL), Great Britain,  
Prof. Dr. Niklas Potrafke, Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie, München,  
Prof. em. Dr. Ulrich van Suntum, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften (FB 04) Universität Münster.

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen (Ausschussdrucksachen 20(9)247 und 20(9)249 bis 20(9)252 und 20(9)254) wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Protokoll wird ebenfalls der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zudem ist die öffentliche Anhörung des Wirtschaftsausschusses in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar.

#### IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5352 in seiner 39. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5352 in seiner 52. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5352 in seiner 43. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/5352 in seiner 40. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/5352 in seiner 64. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

#### V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/5352 in seiner 46. Sitzung am 24. Mai 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5352 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Mai 2023

**Dr. Sandra Detzer**  
Berichterstatlerin